

Bundes Eltern Rat

Gemeinsam für beste Bildung

Regionale Bildungslandschaften – Bildung vor Ort

Demografische Entwicklung und kommunale Schulentwicklung

Herbstplenartagung
9. bis 11. November 2018
Potsdam

gefördert durch das



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

BER

Vorsitzender:

Stephan Wassmuth

Geschäftsstelle:

Bernauer Straße 100
16515 Oranienburg

Kontakt:

Tel: 0 33 01 – 57 55-37
Fax: 0 33 01 – 57 55-39

info@bundeselternrat.de
www.bundeselternrat.de

Bankverbindung:

Mittelbrandenburgische Sparkasse
BLZ: 160 500 00
Kto-Nr.: 3754001212

Inhalt

1. Tagungsergebnis in Kürze	3
2. Projektbeschreibung	4
3. Resolution.....	6
4. Bildung im gesellschaftlichen Wandel – eine Betrachtung im Kontext von Demografie, Integration und regionalen Bildungsangeboten	8
6. Wenn Stadt Bildung mitdenkt, dann ... Perspektiven der Lehre, Forschung und Praxis auf die bildende Stadt.....	12
7. Institutionelle Zwänge in Bildungslandschaften und Möglichkeiten des Wandels ...	16
8. Namen, Zahlen, Fakten.....	20

1. Tagungsergebnis in Kürze

von Ursula Walther

Bildungsgerechtigkeit bedeutet, dass alle Kinder dieselben Bildungschancen haben, egal wo sie leben. Es geht um gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Deutschland. Das ist eine gewaltige Herausforderung für Bildungspolitik und Bildungsverwaltung, sind die Voraussetzungen in den Ländern, aber auch in den Kommunen, doch völlig unterschiedlich. Zugleich steigen die Ansprüche der Gesellschaft an Bildung rasant.

Ein Beispiel ist die Bevölkerungsentwicklung. Anders als befürchtet werden die Schüler*innen insgesamt nicht weniger, doch sie sind ungleichmäßig verteilt. In den Ballungsräumen reichen die Klassenzimmer längst nicht mehr, man baut an oder gleich eine neue Schule. Das dauert, und das kostet. Kommunen auf dem Land dagegen müssen kreativ sein, wenn die Kinder weniger werden, um ihre Schule zu retten. Auch das kostet.

Beim pädagogischen Personal sind die Unterschiede zwischen den Bundesländern beträchtlich. Wer Lehrkräften in Zeiten des zunehmenden Lehrermangels bessere Bedingungen bieten kann – zum Beispiel Verbeamtung und ein gutes Gehalt – und nicht mit Blick auf den vermeintlichen Schülerrückgang vor Jahren die Lehrerausbildung heruntergefahren hat, braucht weniger Seiten- und Quereinsteiger.

Bildungsgerechtigkeit ist also auch eine Frage der Finanzen. Das betrifft zuallererst die Kommunen, denn sie sind für die Schulen zuständig. Wenn eine Hauptschule nicht an einem Schulentwicklungsprojekt teilnehmen kann, weil der Haushalt der Kommune nicht genehmigt ist, leiden ausgerechnet die Kinder, die Förderung am dringendsten brauchen. Gerecht ist das nicht. Jedenfalls dann nicht, wenn Schulentwicklungsprojekte tatsächlich etwas bewirken.

Ob sie das tun, ist wenig erforscht. Man weiß noch nicht viel darüber, wie solche Projekte gestaltet werden müssten, auch weil der Bildungsforschung Daten fehlen. Nur mit einer Langzeituntersuchung lässt sich der Erfolg einer Bildungsmaßnahme feststellen. Der Bildungsweg eines Kinder müsste von der Kita bis zum Studium verfolgt werden können. Beim Wechsel von der Kita zur Grundschule klappt das oft noch ganz gut, aber gegen eine Schüler-ID, und sei sie anonymisiert, wehren sich vor allem die Eltern.

Selbst wenn der wissenschaftliche Nachweis noch fehlt: Kommunen wissen, dass Stadtentwicklung und Bildungsplanung heute zusammengehören. Sie wissen, dass bei einem Schulhaus nicht der Bau ins Geld geht – die Baukosten betragen nur 17 Prozent der Gesamtkosten –, sondern der Unterhalt. Schon allein deswegen öffnen sie ihre Schulhäuser für Aktivitäten, die über das schulische Bildungsangebot hinausgehen. Davon profitieren alle, am meisten die Kinder.

Kinder und Jugendliche lernen schließlich nicht nur in der Schule. Eine bildungsfreundliche Kommune macht die Stadt oder den Stadtteil zu einer Bildungslandschaft. Die Schule ist der Mittelpunkt. Um die Schule herum bieten sich zahlreiche Lerngelegenheiten, an deren Gestaltung die Stadtplaner*innen Eltern und Kinder beteiligen sollten. Und wenn der Schulweg abwechslungsreich ist, gehen auch wieder mehr Kinder zu Fuß zur Schule.

2. Projektbeschreibung

vom Vorstand des BER

Jahresthema: Regionale Bildungslandschaften – Bildung vor Ort

Tagungsthema: Demografische Entwicklung und kommunale Schulentwicklung

Wachsende urbane Regionen und schrumpfende Bevölkerung auf dem Land zeichnen sich für die Entwicklungen in den nächsten Jahren und Jahrzehnten ab.

In den Schriften der OECD "Schooling for Tomorrow. Networks of Innovation. Towards New Models for Managing Schools and Systems" (bis 2003) wurden vier Szenarien der kommunalen Schulentwicklung entworfen und diskutiert (s. Zusammenfassung der Montagstiftung in deutscher Sprache). Präferiert wurde damals das System der bewussten Öffnung der Lernräume (1) gegenüber dem „Weiter wie bisher“ (2) unter veränderten, differierenden gesellschaftlichen Strömungen, der individuellen Diversifizierung in unterschiedliche Richtungen (3) aufgrund von privatwirtschaftlichen Kräften, indem der Staat sich nur noch auf die Regulierung des Marktes beschränkt oder einem ähnlichen Modell (4) unter verstärktem Einsatz der Kommunikations- und Informationstechnologien.

15 Jahre nach der Formulierung der Szenarien wollen wir uns ansehen, was aus den Szenarien tatsächlich entstanden ist. Ist der Entwurf deckungsgleich mit der Praxis oder hat sich das System doch anders entwickelt als angenommen? Inwieweit haben die demografischen Vorhersagen sich überholt, bzw. sind diese zutreffend gewesen? Es sollen einerseits zukunftsweisende Konzepte in der Praxis vorgestellt und auf die Übertragbarkeit in andere Regionen untersucht werden, und andererseits sollen durch das BMBF geförderte Forschungsvorhaben den Eltern vorgestellt werden. Dabei soll hinterfragt werden, ob Schulen als Bildungszentren sich als Standortfaktor in der Fläche deutlicher abheben können. In den Städten und den Landkreisen ist zu untersuchen, ob die auf Nachhaltigkeit ausgelegten Lernräume tatsächlich ihrem nachhaltigen Anspruch genügen.

Die Bevölkerung in Deutschland wird im Schnitt älter und bunter – und tatsächlich weniger? Unter diesen Schlagwörtern wurde die demografische Entwicklung in Deutschland zusammengefasst. Dabei verläuft die Entwicklung lokal und regional durchaus unterschiedlich. Die Bevölkerung in vielen ländlichen Regionen schrumpft, während Städte und andere Regionen einen deutlichen Bevölkerungszuwachs verzeichnen.

Gemeinsam wollen wir uns mit innovativen Projekten für den ländlichen Raum auseinandersetzen, die einer weiteren Abwanderung entgegensteuern. Wie können sich ländliche Regionen im Dialog mit der Schule vor Ort weiterentwickeln, wo ein Bevölkerungsrückgang in bestimmten Altersgruppen zu verzeichnen ist? Wie sehen Beteiligungsprojekte und Modelle aus?

Es gibt auch Regionen, die sich mit einem vermehrten Bevölkerungszuwachs auseinandersetzen müssen. Die damit verbundene Entwicklung und deren Folgen sollen ebenfalls Bestandteil unserer Betrachtung sein.

Ein besonderes Augenmerk wird auf die Kommunen und Kreise der jeweiligen Schulamtsbezirke gelegt, die im Rahmen der kommunalen Schulentwicklung die Schulentwicklungsplanung regelmäßig fortschreiben müssen; d. h. Kommunen und Kreise müssen aktiv gemeinsam mit den Eltern die städtebauliche Entwicklung auf Augenhöhe kommunizieren, um hier flexibel auf die Bedürfnisse und Anforderungen reagieren zu können (z. B. Zuwanderung, demografischer Wandel).

Auch das Bundesministerium für Forschung und Bildung widmet sich den Auswirkungen von demografischen Veränderungen auf regionaler Ebene, der nachhaltigen Bewirtschaftung und Nutzung der Land- und Flächenressourcen. So werden mit der Fördermaßnahme „Kommunen innovativ“ durch die Kooperation von Kommunen mit Wissenschaft, Wirtschaft und zivilgesellschaftlichen Organisationen neue Impulse für die Zukunft der Regionen in Deutschland gesetzt.

Wie wird sich Schule in den nächsten 15 Jahren verändern und können wir aus den o. g. Szenarien für die Zukunft etwas lernen bzw. ableiten?

3. Resolution

von einer Redaktionskommission verfasst und von den Delegierten verabschiedet

Bildung ist mehr als Schule

Entgegen der Erwartung sinkender Schülerzahlen steigen diese seit einigen Jahren wieder an. Wobei zu beobachten ist, dass insbesondere in Ballungsbieten die Geburtenzahlen steigen, wohingegen viele ländliche Gegenden aufgrund einer überalterten Gesellschaft um den Erhalt von Schulen kämpfen. Nun haben wir vielerorts die Situation, dass Schulgebäude und Schulentwicklungsplanung nicht dem tatsächlichen Bedarf, der demografischen Entwicklung und den heutigen Ansprüchen an Bildung entsprechen. Ebenso entsprechen die Schulwege nicht den zeitgemäßen Anforderungen.

In seiner Tagung im November 2018 ist der Bundeselternrat der Frage nachgegangen, wie mit dieser Situation umzugehen ist und wie künftig eine solche Fehlentwicklung zu vermeiden ist.

Kinderfreundliche Städte und Gemeinden sind lebendige Städte und Gemeinden

Die Bereitstellung kinder- und jugendfreundlicher Bildungsräume ist eine zentrale Aufgabe der Kommunen. Die Möglichkeiten, Schulentwicklung und Stadtplanung in Einklang zu bringen, werden bislang unzureichend genutzt. Eine breite Beteiligung aller schulischen und außerschulischen Akteure an Schul- und Stadtentwicklungsplanung ist zwingend notwendig und sichert Chancengerechtigkeit. Schulbauplanung ist nicht die bloße Gestaltung von Flächen und Räumen, sondern muss das Umfeld mit einbinden. Um den vielfältigen Bedürfnissen und Herausforderungen unserer heutigen Gesellschaft gerecht zu werden, müssen Bildungseinrichtungen ansprechend und einladend gestaltet sein. Schule muss ein Ort der Begegnung sein, indem sie sich für den Sozialraum öffnet, weil das gesamte Umfeld davon profitiert. Dies kann unter anderem mit einer multifunktionalen Nutzung der Bildungseinrichtungen erreicht werden. So ließen sich auch die Schulen sichern, die wegen rückläufiger Schülerzahlen geschlossen werden müssten.

Um eine gute Erreichbarkeit der Bildungseinrichtungen zu gewährleisten, ist auch die Verkehrsplanung anzupassen. Pendelstress ist zu vermeiden. Das Mobilitätsverhalten und das subjektive Sicherheitsempfinden haben sich verändert. Schulwege werden als nicht sicher empfunden. Das hat zur Folge, dass sich der Anteil der Schulanfänger, die zu Fuß zur Schule gehen, von über 90 % im Jahre 1970 auf weniger als 20 % bereits im Jahre 2000 verringert hat. Hierdurch entwickelt sich vielerorts ein Verkehrschaos vor Schulen. Durch Öffnung und Entwicklung der Schulumgebung können die Schulwege zum Erfahrungs- und Lernraum werden, um die kognitive Entwicklung und Selbstständigkeit der Kinder zu stärken.

Der Bundeselternrat fordert daher:

Eine bedarfsgerechte sächliche, räumliche und personelle Ressourcenzuwendung auch unter Berücksichtigung der sozialen Situation des Einzugsbereiches ist sicherzustellen. Kooperationen zwischen Ländern und Kommunen müssen gestärkt werden, damit finanzschwache Kommunen ihren Aufgaben gerecht werden können.

Bildungserfolg darf nicht vom Wohnort abhängig sein.

Die Erhebung und vor allem die Nutzung der statistisch ausgewerteten, anonymisierten Daten, die Auskunft über die Entwicklung der Schülerzahlen geben, sind unerlässlich. Hierzu gehören neben den Geburtenzahlen auch die Entwicklungen der Schülerzahlen in den einzelnen Schulzweigen.

Wir fordern auch eine kontinuierliche Erforschung und Evaluierung der Bildungsverwaltung.

Die Schulgebäude müssen auch außerschulisch und ganzjährig nutzbar werden.

Die Stadtentwicklung und Verkehrsplanung muss die Schulumgebung so gestalten, dass sie für Kinder und Jugendliche eine Aufenthaltsqualität bietet und den Schulweg zum Erlebnis macht. Darüber hinaus muss für längere Schulwege ein gutes Nahverkehrsnetz mit angepassten Fahrplänen zur Verfügung stehen. Wir fordern ein altersunabhängiges, kostenloses Schüler- und Auszubildendenticket.

Die Elternmitwirkung und -entscheidung an der Schul- und Stadtentwicklungsplanung sowie Verkehrsplanung muss durch gesetzliche Bestimmungen in den Kommunen möglichst einheitlich gewährleistet sein.

4. Bildung im gesellschaftlichen Wandel – eine Betrachtung im Kontext von Demografie, Integration und regionalen Bildungsangeboten

Vortrag von Dr. Kai Maaz, zusammengefasst von Ursula Walther (Formulierungen des Referenten in Anführungszeichen)

Der nationale Bildungsbericht 2018¹, bei dem das DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation die Federführung hatte, beschreibt die Herausforderungen, vor denen das Bildungssystem steht. Eine Herausforderung ist das rasante Tempo, mit dem sich die Gesellschaft und damit die Bildung ändert. So wird das Smartphone, erst 2006 erfunden, heute als Lernmittel diskutiert. Aktuell ist die größte Herausforderung der Mangel an qualifiziertem pädagogischem Personal, vor allem in den östlichen Bundesländern. Doch auch andere Bildungstrends sind nicht zu unterschätzen.

Trend zu mehr Bildung

Über fehlenden Zuspruch können Bildungseinrichtungen nicht klagen. Immer mehr Kinder gehen immer früher in eine Kita, immer mehr junge Erwachsene studieren. Das liegt an der weiterhin steigenden Geburtenrate, die wohl erst ab 2021 wieder sinkt, an der Zuwanderung – insbesondere 2015 und 2016 – und an der Erwerbstätigkeit von Müttern, die auch dann Kinderbetreuung benötigen, wenn sie nur Teilzeit arbeiten.

Die Heterogenität in den Bildungseinrichtungen nimmt zu. Im Jahr 2017 sprachen 65 Prozent der Kitakinder mit mindestens einem ausländischen Elternteil zu Hause nicht Deutsch. Sie müssen die deutsche Bildungssprache anderswo lernen, was die Bundesländer mit Deutschkursen vor der Einschulung zu erreichen versuchen. Auch im tertiären Sektor wächst die Zahl der Migranten. In der Berufsvorbereitung sind heute schon weit mehr als die Hälfte der jungen Leute Flüchtlinge oder Asylbewerber, und immer mehr Studierende kommen aus dem Ausland.

Trend zur Inklusion

Seit der UN-Behindertenrechtskonvention werden in den Kitas mehr Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf betreut. Zusätzlich steigt die Förderquote, also der Anteil der Kinder mit der Diagnose Förderbedarf. „Das System schafft sich seine eigene Existenzberechtigung.“ An Förderschulen werden kaum weniger Kinder unterrichtet als früher, zugleich besuchen immer mehr Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf eine allgemeine Schule. Mit erheblichen Unterschieden in den Bundesländern: In Bremen besuchen 1,2 Prozent der förderbedürftigen Kinder eine Förderschule und 5,9 Prozent eine allgemeine Schule. In Mecklenburg-Vorpommern sind 6 Prozent an der Förderschule und 3,8 Prozent an der allgemeinen Schule, und im Saarland gibt es gar keine integrativen Schulen. Über die Qualität der Förderung sagen die Zahlen nichts, doch liegt der Verdacht nahe, dass die Unterrichtsqualität nicht überall an oberster Stelle steht.

¹ <https://www.bildungsbericht.de/de/nationaler-bildungsbericht> (abgerufen am 17.3.2019)

Schulen unterscheiden sich beträchtlich in Bezug auf die Leistung und den sozialen Hintergrund ihrer Schülerinnen und Schüler. An der Hauptschule versammeln sich leseschwache Kinder aus bildungsfernen Familien mit wenig Geld, viele davon Migranten. Kinder aus gut situierten Familien sind selbst dann noch eher am Gymnasium anzutreffen, wenn sie einen Migrationshintergrund und ihre Eltern keinen hohen Bildungsabschluss haben. Unterschiede in der Zusammensetzung der Schülerschaft bestehen allerdings nicht nur zwischen den Schularten, sondern auch zwischen einzelnen Schulen derselben Schulart.

Trend zu höherer Bildung

Am dramatischsten hat es die Hauptschulen getroffen. Von 1995 bis 2016 ist ihre Zahl auf die Hälfte geschrumpft. Auch Realschulen sind weniger geworden, integrierte Gesamtschulen und Schulen mit mehreren Bildungsgängen dafür mehr. Einzig bei den Gymnasien blieb alles beim Alten: gleiche Zahl der Schulen, konstante Schülerzahl.

Während im Jahr 2006 etwa 30 Prozent der Grundschul Kinder ans Gymnasium wechselten, waren es zehn Jahre später schon 41 Prozent. Ähnlich beim Abitur: 2006 machten 34 Prozent des Jahrgangs Abitur, 2016 waren es 43 Prozent.

Der Bildungsstand der Bevölkerung nimmt kontinuierlich zu. Beim höchsten Bildungsabschluss, dem Hochschulabschluss – fast eine halbe Million im Jahr 2016 –, besteht zwischen Absolventen mit und ohne Migrationshintergrund kein Unterschied mehr. Bedenklich verfestigt hat sich die Zahl der Erwachsenen ohne Abschluss: zehn Prozent bei Nichtmigranten aller Altersstufen, 40 Prozent bei älteren Migranten und immerhin noch 35 Prozent bei Migranten zwischen 30 und 35 Jahren.

Bildungsgewinner und Bildungsverlierer

Gut fünf Prozent der Grundschul Kinder liegen leistungsmäßig unterhalb der Kompetenzstufe II, können also nur einfache Texte lesen und einfache Aufgaben rechnen. Gut elf Prozent liegen über der Kompetenzstufe IV und damit an der Leistungsspitze. Beide Gruppen sind in den vergangenen Jahren gewachsen. Die Spaltung nimmt also zu. Eine ähnliche Diskrepanz gibt es bei der Hochschulbeteiligung: 79 Prozent der Kinder aus Akademikerfamilien studieren, aber nur 24 Prozent aus Familien, in denen die Eltern zwar eine Berufsausbildung, aber kein Abitur haben.

Wie Bildungsregionen sich entwickeln

Ein bedarfsgerechtes Bildungsangebot ist eine Herausforderung für jede Kommune. In strukturschwachen Regionen fehlt die Jugend, weil die Bevölkerung schrumpft, in Boomregionen fehlen Lehrkräfte und Schulgebäude.

Der Bevölkerungsrückgang betrifft nicht nur, aber vor allem Ostdeutschland. Er hat dazu geführt, dass Landkreise und kreisfreie Städte zwischen 2006 und 2016 elf Prozent der Grundschulen und 26 Prozent der beruflichen Schulen schließen mussten. Auch beim Personalschlüssel für Kitas unterscheiden sich neue und alte Bundesländer. Der Personalschlüssel ist ein statistischer Wert zur Berechnung des Personalbedarfs einer Kita. Er sagt nichts darüber aus, wie viele Kinder eine Fachkraft tatsächlich betreut. In den alten Bundesländern liegt er zwischen 3,1 und 3,6 – die einzige Ausnahme ist Hamburg mit 4,7 –, in den

neuen Bundesländern bei 5,1 bis 5,9. Wie gut die Kinderbetreuung tatsächlich ist, lässt sich am Personalschlüssel nicht ablesen. Wie viel Eltern für die Kinderbetreuung bezahlen müssen und ob sie überhaupt bezahlen müssen, hängt vom Bundesland ab, ebenso, wer über eine eventuelle Ermäßigung oder Befreiung entscheidet (Land, Kommune oder Kitaträger).

Auch Inklusion wird unterschiedlich gehandhabt. Zwei Drittel der allgemeinen Schulen unterrichten inklusiv, vorwiegend in der nördlichen Hälfte Deutschlands. Jugendliche mit sonderpädagogischem Förderbedarf haben in der allgemeinen Schule höhere Chancen auf einen Schulabschluss, was über die Qualität dieses Schulabschlusses allerdings nichts aussagt. Ob Inklusion gelingt, lässt sich an der Inklusionsquote ebenfalls nicht ablesen.

Passende Ausbildungsplätze sind nicht immer dort, wo die Jugendlichen danach suchen. So kommt es, dass manche Jugendlichen selbst in Regionen mit vielen offenen Ausbildungsplätzen nichts Passendes finden.

Bildung zahlt sich aus

Bildung zahlt sich im Erwerbsleben aus, für Männer und Frauen jedoch unterschiedlich. Frauen sind zwar längst besser (aus)gebildet als Männer und immer öfter auch erwerbstätig, aber sie erhalten weniger Lohn. „Mehr Bildung vergrößert sogar monetäre Unterschiede zwischen Männern und Frauen.“ Auch jenseits des Finanziellen wirkt Bildung: Sie verbessert die Gesundheit, steigert die Lebenszufriedenheit und lässt Menschen aktiver am politischen, sozialen und kulturellen Leben teilnehmen – unabhängig von der sozialen Herkunft.

Zentrale Herausforderungen

In der Bildung stehen Politik, Verwaltung und Praxis vor fünf zentralen Herausforderungen:

- Aus- und Umbau
- Personal
- Qualität
- Daten
- Steuerung

Aus- und Umbau

Durch unterschiedliche demografische und politische Bedingungen entwickeln sich die Bildungssysteme der 16 Bundesländer auseinander. Immer mehr Schularten bieten mehrere Abschlüsse an, die zweite Schulart neben dem Gymnasium nicht selten sogar alle. Dieselben Abschlüsse tragen unterschiedliche Namen, je nachdem, an welcher Schulart sie erworben wurden. Schularten heißen verschieden, obwohl sie gleich sind, oder gleich, obwohl sie verschieden sind. Das macht es nicht nur für umzugswillige Familien schwierig, die Bildungsangebote der Länder miteinander zu vergleichen. „Weil die Qualität der Schulen kaum vergleichbar ist, kann man leichter von Südafrika nach Kalifornien wechseln als von Buxtehude nach München.“

Personal

Ein leistungsfähiges Bildungssystem ist auf gut qualifizierte Fachkräfte in ausreichender Zahl angewiesen. Zurzeit fehlen 40.000 Erzieher*innen, von denen nicht klar ist, woher sie kommen sollen. Im Jahr 2025 könnten in der frühkindlichen Bildung 309.000 pädagogische

Fachkräfte fehlen – Ersatz für ausscheidende Kräfte, für zusätzliche Kräfte zur Betreuung von immer mehr Kindern und für einen günstigeren Personalschlüssel. Viele Lehrkräfte scheidern in den kommenden Jahren altersbedingt aus, junger Nachwuchs steht nicht ausreichend zur Verfügung. Der Anteil der Seiten- und Quereinsteiger im öffentlichen Schuldienst wächst in den meisten Bundesländern. Dramatisch ist es in Berlin mit 29 Prozent Seiteneinsteigern und in Sachsen mit 35 Prozent. Das gesamte pädagogische Personal, insbesondere aber jeder Quereinsteiger, braucht „angemessene Formen der Einstiegsqualifikation und der begleitenden Förderung und Unterstützung“. Das Personal in der Weiterbildung ist zwar in der Regel hoch qualifiziert, hat jedoch sehr unterschiedliche – und nicht selten selbst finanzierte – Zusatzqualifikationen.

Qualität

Der erste Schritt, um die Leistungsfähigkeit des Bildungssystems zu sichern, sind Qualitätsstandards. Diese müssen sich auf das Lernergebnis beziehen, aber auch auf Rahmenbedingungen wie Erreichbarkeit, Durchlässigkeit, Chancengleichheit, Finanzierbarkeit und Vergleichbarkeit. So darf es nicht sein, dass in einigen Bundesländern überdurchschnittlich viele Jugendliche ohne Schulabschluss bleiben, obwohl sie die für den Hauptschulabschluss erforderliche Lesekompetenz haben, und dass Schüler*innen ohne erkennbare Leistung ein Zertifikat erhalten oder trotz Leistung kein Zertifikat. Bei der Ganztagschule sind viele Fragen offen. Selbst ein bundesweiter Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz in der Schule, den es nach Regierungsplänen bis 2025 geben soll, wird kaum zu gleichen Angeboten in den Ländern führen. Dazu sind die Vorstellungen über Trägerschaft, zeitlichen Umfang, Art und Qualifikation des Personals sowie pädagogische Ziele und Qualität zu unterschiedlich.

Daten

Auch im Bildungssystem braucht die Qualitätsentwicklung Daten. Da Indikatoren für den Lernerfolg bisher nur für Primar- und Sekundarstufe I entwickelt wurden, lassen sich die Leistungen in Sekundarstufe II nicht miteinander vergleichen. Das Nationale Bildungspanel (NEPS) ist zwar eine Quelle für Bildungsdaten, doch noch ist unklar, ob und wie sich Indikatoren fortschreiben lassen. Eine Längsschnittbetrachtung von Individualdaten würde der Wissenschaft zwar Erkenntnisse bringen, ist insbesondere bei den Eltern der betroffenen Individuen aber äußerst umstritten.

Steuerung

Die Steuerung des Bildungswesens muss neu geregelt werden. Sie kann und darf nicht allein Sache der Länder sein. Der Bund muss da, wo er investiert, mitreden können. Die Verhandlungen zum Kooperationsverbot, die wegen des Digitalpakts anstehen, sind ein erster Schritt in die richtige Richtung. Da sich das System in den vergangenen 20 Jahren durchaus entwickelt hat, ist Optimismus angebracht. „Letztendlich brauchen wir in allen Geschehen der Bildung mehr Transparenz.“

6. Wenn Stadt Bildung mitdenkt, dann ... Perspektiven der Lehre, Forschung und Praxis auf die bildende Stadt

Vortrag von Felix Bentlin, zusammengefasst von Ursula Walther (Formulierungen des Referenten in Anführungszeichen)

Überall ist Bildung. Bildung finde nicht nur im Schulunterricht statt, sondern auch in Familien, Vereinen, Jugendclubs, bei Kulturangeboten, im öffentlichen Raum, unter Gleichaltrigen oder durch Mediennutzung, heißt es im Projekt *Fachlicher Nachwuchs entwirft Zukunft* über die bildende Stadt.¹ Weil Bildung durch Stadtplanung im besten Fall gefördert, im schlechtesten Fall behindert wird, müssen Stadtentwicklung und Bildung zusammen geplant werden.

Bildung ist mehr als Wissen

Wissen und Kompetenzen sind in einer Wissensgesellschaft wichtig. Doch die Schule soll nicht nur Wissen vermitteln. In der Schule sollen Kinder und Jugendliche lernen, dass sie Teil einer Gemeinschaft sind, die nicht nur die Schule umfasst. Dafür brauchen sie die unmittelbare Beziehung zur Stadt und ihren Bewohner*innen. Bildung ist nicht nur ein wichtiger ökonomischer Faktor, sondern auch wichtig für die Integration von Bevölkerungsgruppen und für die Stabilisierung benachteiligter Stadtbezirke.

Stadtplanung und Pädagogik

Interdisziplinäre Zusammenarbeit nimmt zu. Planer*innen beeinflussen Bildungsprozesse, Pädagog*innen sehen sich als Teil der Stadtgesellschaft. Dass für das Lernen der Raum eine entscheidende Rolle spielt, bestreitet heute kaum noch jemand. Stadtplaner*innen gestalten direkt oder indirekt Bildungslandschaften, also Orte, an denen Lernprozesse stattfinden. Die soziale Stadt- und Quartiersentwicklung arbeitet gezielt mit Schulen zusammen und entwickelt Bildungsangebote.

Wichtig ist nicht nur, was gelernt wird, sondern auch in welcher räumlichen und sozialen Umgebung, fachsprachlich *Setting*. Lernen kann *formal* sein (Gegenteil: nonformal) oder *formell* (Gegenteil: informell). Formal bezieht sich auf den Raum, formell auf den Inhalt. Formale Bildungsräume sind Einrichtungen, die einen offiziellen Bildungsauftrag haben: Kitas und Schulen, Universitäten und Museen, Kunst- und Architekturschulen, Jugend- und Umweltzentren. Nonformale Bildungsräume sind lebensweltliche Gelegenheiten zum Dazulernen, zum Beispiel eine Theatergruppe oder ein Stadtpaziergang. Sie sind nicht an einen festen Ort gebunden. Wie unterschiedlich Lernen sein kann, zeigen die Kombinationsmöglichkeiten:

- formelle Bildung in einem formalen Setting: Schulunterricht
- informelle Bildung in einem nonformalen Setting: Aktivitäten in der Clique
- formelle Bildung in einem nonformalen Setting: Hausaufgabenhilfe
- informelle Bildung in einem formalen Setting: Schulfreundschaften

¹ <http://www2.isr.tu-berlin.de/summerschool/bildendestadt/> (abgerufen am 10.3.2019)

Der Stadtteil als Bildungslandschaft

War die Schule im 19. Jahrhundert ein Schutzraum mit Mauer oder Zaun, öffnet sie sich im 21. Jahrhundert zur Umgebung. Modernes Lernen braucht Bildungslandschaften. Zwar bleibt die Schule der Kristallisationspunkt der Bildung, doch Kinder und Jugendliche bewegen sich im gesamten Stadtteil. Pädagogik und Stadtplanung treffen einander in gebauten Bildungslandschaften, die Lerngelegenheiten durch sinnvoll angelegte Wege miteinander verbinden.

Bildungs-, Betreuungs- und Freizeitangebote müssen vernetzt werden. Eine fruchtbare Mischung entsteht, wo viele Menschen zusammentreffen. Deshalb eignet sich eine Schule im Außenbezirk nicht als Kristallisationspunkt. Besonderes Augenmerk erfordern Übergänge und Grenzen. Je älter die Kinder werden, desto mehr Sicherheitsgrenzen sind entbehrlich. „Wenn wir es schaffen, Städte kinderfreundlich als Bildungsstätte zu denken, wird die Stadt lebendig.“

Wenn Stadt Bildung mitdenkt ...

Wenn eine Stadt die Bildung mitdenkt, muss sie wissen: Was ist die zentrale Rolle der Schule für die Entwicklung des Stadtteils? Wie lässt sich Bürgerwissen für die Stadtplanung nutzbar machen? Wo kann man welche Erfahrungen machen und wie helfen dabei gezielt gestaltete Räume?

Schulen sind teuer, weil ihr Unterhalt teuer ist. Während die Baukosten nur 17 Prozent ausmachen, verschlingt der laufende Unterhalt 80 Prozent der Kosten. Wenn ein Schulgebäude nur an 205 Tage im Jahr für jeweils sechs bis acht Stunden genutzt wird, ist das Verschwendung öffentlicher Gelder. Schulen müssen deshalb der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden, für vielfältige Nutzung. „Schulen müssen so einladend sein, dass jeder sich hinein traut, auch wenn er dort gar nichts zu tun hat.“ Eine Schule ist einer der ganz wenigen offenen Treffpunkte, zu denen jeder Zugang hat. Und sie ist ein Imagefaktor für den Stadtteil.

Alle unter einem Dach

Gebaute Bildungslandschaften können einen Stadtteil merklich aufwerten. Entscheidend ist, dass Schulgebäude nicht nur dem Unterricht, sondern auch anderen Zwecken dienen. Religiöse und kulturelle Einrichtungen müssen einbezogen werden, und deren Mitglieder sollten ihre Treffpunkte selbst gestalten.

Damit die Schule als Mittelpunkt des gesellschaftlichen Lebens zwischen allen Flächen und Gebäuden im Stadtteil vermitteln kann, müssen Grenzen abgebaut werden. Zum Beispiel die Grenze zwischen Schule und Park, der dann zum grünen Klassenzimmer werden kann. Ein solches Klassenzimmer braucht nicht fertig ausgebaut zu sein. Für den Anfang genügen ein paar Sitzelemente unter Bäumen.

Ein Schulgebäude zu finanzieren, das nur dem schulischen Lernen dient, lässt sich kaum noch politisch vertreten. Wenn die Schule hingegen zum Mittelpunkt des städtischen Lebens wird, wenn sie als öffentliche Einrichtung Impulsgeber fürs Quartier ist, sieht das an-

ders aus. Öffnet sich die Schule zur Stadt, erweitert sie ihren Lernraum. Vor allem Ganztagschüler*innen bietet die Stadt die Möglichkeit, nicht den ganzen Tag auf dem Schulgelände zu verbringen. So kann die Theater-AG im Theater proben statt in der Schule. Oder Kinder können zusehen, wie die Bäume im Park geschnitten werden und den Landschaftsgärtner in ihre Überlegungen zur Berufswahl einbeziehen. In Helsinki gibt es eine Schule ganz ohne eigenes Gebäude – sie mietet ihre Flächen in der Stadt.

Bürger bilden Stadträume

Bürger, auch Kinder, kennen die Stärken und Schwächen ihres Stadtteils und sollten mitgestalten. Mindestens aber müssen sie ihre Bedürfnisse äußern, denn darauf sind Architekten und Stadtplaner angewiesen. Der öffentliche Raum ist Raum für Konflikte und Kompromisse, also für politische Teilhabe. Von Aushandlungsprozessen profitieren Bewohner und Stadtplaner. Deshalb müssen Planer dafür sorgen, dass der Straßenraum zum Kommunikationsraum wird. In einer geeigneten Umgebung kommen Menschen ins Gespräch, erhalten Anregungen, tauschen sich aus. Dabei ist der Austausch das Entscheidende, nicht das Ergebnis.

Der Schulweg

Im Jahr 1970 gingen 91 Prozent aller Erstklässler selbstständig zu Fuß zur Schule, im Jahr 2000 waren es nur noch 17 Prozent. Mittlerweile empfinden 72 Prozent der Grundschulkin-der ihren Schulweg als gefährlich und 33 Prozent könnten ihn schon allein deshalb nicht zu Fuß gehen, weil sie ihn gar nicht kennen. Sie werden von den Eltern mit dem Auto gebracht und abgeholt. Diesen Kindern geht Lebenswelt verloren.

Dabei bieten gerade Alltagswege viele Lerngelegenheiten. Werden Straßen, Plätze und Grünflächen entsprechend gestaltet, fördern sie Beobachtung und Begegnung, bieten Neues und geben immer wieder Anreize, etwas dazuzulernen. Die Skulptur eines Pottwals lädt Kinder nicht nur zum Klettern ein, sondern auch zum Größenvergleich, und wer anhand von Bodenmarkierungen versucht, so weit zu springen wie eine Maus, ein Frosch oder ein Hase lernt dabei, wie weit diese Tiere springen. Ein Schulweg mit Spiel- und Klettermöglichkeiten erweitert den Lebensraum und macht Spaß.

Grenzen überwinden

An der Bildungslandschaft Altstadt Nord in Köln sieht man, wie es ohne Grenzen geht. Es geht auch ohne Stacheldraht. Wer Obdachlose und Junkies nicht auf dem Schulgelände haben will, muss mit ihnen reden, statt sie auszusperren.

Schule und Stadtviertel lassen sich durch grüne Räume (Wäldchen, Obstgarten, Brunnenplatz) verbinden, wo man andere Menschen trifft – Menschen mit einer anderen Religion, anderen Essgewohnheiten und anderen Vorlieben bei der Freizeitgestaltung.

Für den Berliner Wedding wurde entlang der Panke ein Bildungsraum entwickelt. Fixpunkte, an denen der Bildungsprozess angestoßen werden kann, sind: der Fluss, ein Schullabor in einem kleinen, bis dahin ungenutzten Haus, die Natur entlang des Flusses und eine Freifläche, auf der auch einmal eine Aufführung stattfinden kann.

Prinzipien der Gestaltung

- Das Schulgebäude wird zur Stadt.
- Bildung verbindet mit der Nachbarschaft.
- Die Stadt – Stadtteil, Kommune – ist ein Lernort.

„Räumliche und funktionale Verknüpfungen von Bildungsorten und Lernwelten können nicht nur einen Beitrag dazu leisten, dass Bildungswege lebensnah, Stadträume lebendig und Schulgebäude lebenserhalten werden. Sie sind auch Ausdrucksform einer Öffentlichkeit, die auf der Grundlage gleichberechtigter und selbstverständlicher Bildungschancen ruht.“

7. Institutionelle Zwänge in Bildungslandschaften und Möglichkeiten des Wandels

Vortrag von Norbert Sendzik, zusammengefasst von Ursula Walther (Formulierungen des Referenten in Anführungszeichen)

„Im Rahmen von Bildungslandschaften kommt es aufgrund institutioneller Zwänge zu einer Reproduktion von alten Ungleichheiten und zu einer Produktion von neuen Ungleichheiten.“ Am Beispiel des Projekts *Schulen im Team – Übergänge gestalten* lässt sich zeigen, welche Schwierigkeiten es auf dem Weg zu mehr Bildungsgerechtigkeit geben kann. Klar ist jedenfalls: Es geht nicht ohne Verbündete, und es geht nicht ohne die Kommune. Eltern können den Wandel anstoßen und unterstützen, und sie tun es. Doch die Forschung zeigt auch, dass „Eltern ihren Teil zur Verstetigung von Ungleichheit beitragen“. Zum Beispiel schicken sie ihr Kind auf eine vermeintlich bessere Schule, auch wenn diese weiter weg ist. Ein Problem kann auch die beste Bildungspolitik nicht lösen: Nicht jedes Elternhaus ist in der Lage, die Ungerechtigkeiten des Schulsystems aus eigener Kraft auszugleichen.

Bildungslandschaften

Wer eine Bildungslandschaft schafft, muss dabei berücksichtigen:

- das Individuum
- den Sozialraum
- die Wirtschaftlichkeit
- die Akteure
- die Zivilgesellschaft

Individuelle Förderung sorgt für gleiche Chancen und damit für Bildungsgerechtigkeit. Dabei sind neue Formen der Finanzierung entstanden: Unter einem neuen Projektnamen werden die alten Ziele weiterverfolgt, weil man andere Geldquellen auftun muss. Das liegt nicht zuletzt am Kooperationsverbot, das Ländern und Kommunen die Zusammenarbeit bei der Bildung fast völlig verbietet. Die Steuerung derartiger Projekte kann wegen der zahlreichen Akteure mit unterschiedlichen Zuständigkeiten zum Problem werden. Wer in Ressorts denkt, neigt dazu, Verantwortung weiterzugeben, und wer sich nur am Projekt beteiligt, damit Strukturen erhalten bleiben, ist nicht immer mit vollem Einsatz dabei.

Projekte

Seit 1997 wurden 13 Bildungsprojekte¹, von *Schule & Co* bis zu *Schulen im Team*, mit einem dreistelligen Millionenbetrag gefördert. In diesen Projekten wird Bildung nicht nur von der Schule her gedacht. Genauso wichtig sind klassische Kooperationsprojekte wie die *Soziale Stadt*, die bundesweit seit 1999 läuft, und andere Projekte, in denen Schule und Kom-

¹ siehe Folie 5 der Präsentation

mune zusammengebracht werden. Es geht auch um modernere Verwaltung und um nachhaltige Bildungslandschaften, wobei Bildungslandschaft je nach den Interessen der Beteiligten Unterschiedliches bedeutet.

Organisation einer Bildungslandschaft

Bildungslandschaften brauchen einen Lenkungskreis, der sich um die strategische Umsetzung kümmert. Die regionale Geschäftsstelle, die sich einmal im Jahr trifft, sollte alles können: Konferenzen organisieren, dem Lenkungskreis zuarbeiten, Projekte in außerschulische Bereiche bringen. In den Bildungskonferenzen müssen auch Eltern sitzen, als Vertreter der Zivilgesellschaft.

Bildungslandschaften in der Forschung

In der Wissenschaft gibt es zwei Lager. Die Forschung zu normativen Bildungsregionen ist überzeugt davon, dass Bildungslandschaften allen nützen, sofern die Verwaltung sich neu aufstellt und Impulse gibt. Eine Bildungslandschaft sei in diesem Fall die beste Struktur für Chancengleichheit. Das andere Lager gibt zu bedenken, dass gewachsene Strukturen – die bestehende Schulstruktur, die alten Institutionen – ständig neue Ungleichheit produzieren, weil sie Kinder trennen, um die Schulen zu erhalten. Man kämpfe um Ressourcen, es komme zu ungleicher Behandlung.

Die Prozesse in Bildungsprojekten sind noch wenig erforscht. Erst seit knapp 20 Jahren gibt es so etwas wie Bildungsverwaltungsforschung. Die Ergebnisse einzelner Befragungen lassen sich nicht ohne Weiteres übertragen, weil die meisten Befragungen von einem speziellen Interesse geleitet werden. Manche Projekte führen zu ungeplanter Dynamik in der Bildungslandschaft, so dass nicht klar ist, welche Ursache eine Änderung eigentlich hatte. Ob und wie das Programm einer Bildungslandschaft zum Wandel beitragen kann, ist bisher ebenfalls kaum untersucht worden.

Das Projekt *Übergänge gemeinsam gestalten*

Die meisten Schulen in Deutschland trennen Kinder zu früh und verstärken damit die Ungerechtigkeit in der Bildung. Wie ungleich die Chancen verteilt sind, zeigt sich an den Übergängen, besonders gut am Wechsel nach der Grundschule. Das Projekt *Schulen im Team – Übergänge gemeinsam gestalten* der Stiftung Mercator, des Instituts für Schulentwicklungsforschung der TU Dortmund und des Bildungsministeriums NRW sollte von 2011 bis 2016 herausfinden, wie sich der Wechsel von der Grundschule zur weiterführenden Schule gerecht oder wenigstens gerechter als bisher gestalten lässt. 167 Schulen in acht Kommunen bildeten 29 Schulnetzwerke. Die regionalen Bildungsbüros organisierten das Projekt, 338 Lehrkräfte waren als Netzwerkkoordinatoren dabei.

Jedes Netzwerk musste aus mindestens zwei Grundschulen und zwei weiterführenden Schulen bestehen. Die am Projekt Beteiligten wurden geschult und sollten das Gelernte an die Kommune weitergeben. Städtetag und Wissenschaft begleiteten die Projekte. Die Netzwerke sollten Konzepte für einen gerechteren Übertritt entwickeln, allen voran Schulen mit unterdurchschnittlichen Übertrittsquoten. Die Wahl der richtigen Schulen erwies sich als entscheidendes Erfolgskriterium.

Übertritt ans Gymnasium

Die Quote der Übertritte ans Gymnasium ist ein Indikator für Bildungschancen. Wie unterschiedlich die Chancen sind, zeigt sich an den unterschiedlichen Quoten. Sie liegen zwischen 34 Prozent in Oberhausen und 44 Prozent in Mühlheim.

Ein Grund für ungleiche Chancen ist der sozioökonomische Hintergrund der Familie. Das ist in der Forschung Konsens, auch wenn es sich statistisch nicht belegen lässt. Warum Kinder mit Migrationshintergrund selten das Gymnasium, aber häufig die Hauptschule besuchen – falls es die noch gibt –, ist unter Wissenschaftlern umstritten, weil es dazu kaum Forschung gibt. Mögliche Erklärungen sind ein ungünstiger sozioökonomischer Hintergrund, niedrige Bildungserwartungen der Familie und die fehlende Bereitschaft der Gymnasien, diese Kinder aufzunehmen.

Auch der Sozialraum, also die Gegend, in der ein Kind aufwächst, hat Einfluss auf die Gymnasialquote. Wo gebildete, gut verdienende Familien wohnen und wo es wenige Kinder und noch weniger Ausländer gibt, ist sie merklich höher als in ehemaligen Arbeitervierteln, in denen sozial Benachteiligte und entweder überdurchschnittlich viele alte Leute leben oder überdurchschnittlich viele Familien mit Migrationshintergrund.

Unterschiede zeigen sich schon bei der Übertrittsempfehlung: Sagt die Lehrkraft, wohin das Kind gehen soll? Berät sie die Eltern? Macht sie den Eltern Mut? Eine gute Lösung ist es, alle Eltern zugleich anzusprechen, mit einer gemeinsamen Infoveranstaltung aller Schulen oder einer Infobroschüre, in der alle weiterführenden Schulen der Kommune sich vorstellen.

Die Auswahl der Schulen

Welche Schulen am Projekt teilgenommen haben, unterscheidet sich von Kommune zu Kommune. In Duisburg liegen viele Netzwerke dicht beieinander und eher in benachteiligten Stadtteilen. In Krefeld liegen die Netzwerkschulen ungünstig weit auseinander und in sehr unterschiedlichen Sozialräumen. In Krefeld, Mühlheim und Oberhausen haben viele Grundschulen teilgenommen, in Duisburg nur wenige. Allerdings hat Duisburg besonders viele Gesamtschulen.

Schulen für ein Projekt zu gewinnen ist nicht immer leicht. Die Bildungsbüros berichten, dass viele Schulen weitere Projekte haben und nur wenige Leute, die sich darum kümmern können. Schulen beteiligten sich vor allem dann, wenn sie Projekterfahrung hatten, zum Beispiel aus dem Projekt *Selbstständige Schule*. Manchmal war es einfach „institutionelle Gewohnheit“: Die Grundschule hatte schon eine Partnerschaft mit der Kita und wünschte sich ein bestimmtes Gymnasium als Partner. Zum Teil wurden alte Beziehungen reaktiviert. Manche Hauptschule durfte sich nicht beteiligen, weil wegen eines Haushaltsvorbehalts für die Kommune nicht klar war, ob sie weiterbestehen würde. Dabei sind die Kinder an solchen Schulen besonders benachteiligt.

Institutionelle Hindernisse

Nur wenige regionale Bildungsbüros haben sich tatsächlich auf Übertrittsdaten gestützt. Die anderen kamen vielleicht nicht an die Daten heran oder haben einfach das zu Grunde gelegt, was sie selbst dachten und wussten – und damit die Ungleichheit fortgeschrieben.

„Wer mit den bestehenden Strukturen arbeitet, wiederholt alte Ungleichheit und schafft selber neue.“ Strukturelle Probleme, zum Beispiel das Schließen einer Schule, waren selten Teil der Überlegungen.

Nicht alle Teilnehmer standen innerlich hinter dem Projekt. Manche kooperierten nur, weil das von ihnen erwartet wurde. Oder weil es galt, bestimmte Teile der Verwaltung zu erhalten, die ohne solche Projekte ihre Existenzberechtigung verloren hätten. Die Bildungsbüros mussten ihre Arbeit immer wieder rechtfertigen. Anders als normale Verwaltung, die der Stabilität dient, ist Projektverwaltung auf Änderung angelegt. Das weckt Ängste.

Auch die Schulaufsichten kann für die Arbeit der Büros hinderlich sein, weil neuen Bildungsideen oft alte rechtliche Bedingungen entgegenstehen. „Wenn eine Schule sich beschwert ...“ ist ein Satz, der in jedem Projekt fällt.

Der Weg zum Wandel

An jeder Weggabelung muss man sich für eine Richtung entscheiden. Selbst wenn diese sich später als nicht optimal erweist, ließe sie sich nur mit Mühe ändern. Umdenken ist schwierig und teuer, Sicherheit geht verloren. Der Wandel kommt entweder langsam, durch geringfügige Änderungen am Bestehenden. Oder er kommt plötzlich, wenn Altes scheitert und durch Neues ersetzt wird.

Auch am Beginn eines jeden Bildungsprojekts steht eine genaue Analyse:

- Welche Mechanismen lassen ein Weiter-wie-bisher befürchten?
- Wer könnte den Wandel anstoßen? (Bürgermeister, Bildungsdezernent ...)
- Wie müssen die Ziele für die Schulen konkret formuliert werden?
- Passen die Ziele der Schule zu den Zielen der Kommune?
- Lässt sich das Projekt dem Einfluss der Schulaufsicht entziehen?
- Genügen die vorhandenen Daten als Arbeitsgrundlage?
- Sind schon alle „im Boot“?
- Wo können sie sich treffen und austauschen?
- Können Eltern sich beteiligen und notfalls ihr Veto einlegen?
- Wie lässt sich Ungleichheit ungleich behandeln? (Hamburg und München weisen Schulen zum Beispiel unterschiedliche zusätzliche Mittel zu.)

8. Namen, Zahlen, Fakten

Ort: Potsdam

Zeit: Freitag 9. November 2018, 16 Uhr, bis Sonntag 11. November 2018, 12 Uhr

Leitung der Tagung

- Martina Richter, stellvertretende Vorsitzende des Bundeselternrats
- Stephan Wassmuth, Vorsitzender des Bundeselternrats

Protokoll: Baden-Württemberg

Referenten

- Felix Bentlin, wissenschaftlicher Mitarbeiter an der TU Berlin, Institut für Stadt- und Regionalplanung
- Prof. Dr. Kai Maaz, Direktor des DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation
- Norbert Sendzik, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Schulentwicklungsforschung der TU Dortmund, zuständig u. a. für kommunales Netzwerkmanagement

Resolution

Das Plenum hat die Resolution, die eine Redaktionskommission nach den Vorgaben der Ausschüsse verfasst hat, am Ende der Tagung mehrheitlich verabschiedet. Der BER hat sie per E-Mail an alle Mitglieder und an weitere Empfänger geschickt, u. a. an Ministerien, Verbände und Medien, mit der Bitte, sie zu verbreiten. Sie steht auf der BER-Website und ist Teil der Dokumentation.

Dokumentation

Einen Auszug aus der Dokumentation haben alle Mitglieder des Bundeselternrats als PDF erhalten. Die komplette Dokumentation steht im internen Teil der BER-Website zum Herunterladen bereit. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung erhält die Dokumentation in vierfacher Ausfertigung.

Finanzierung

Die Tagung wurde vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert.

Redaktion der Dokumentation: Ursula Walther

Quellen

Die Präsentationen zu den Vorträgen sind im internen Teil der BER-Website zu finden und werden auf Wunsch von der Geschäftsstelle vermailt, soweit dem keine urheberrechtlichen Gründe entgegenstehen.